

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoglu, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsam solidarisch gegen Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit - Landesaktionsplan vorlegen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Bayerische Landtag verurteilt Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und erkennt an, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt ein diskriminierungsfreies Umfeld zu schaffen.
2. Die Staatsregierung wird aufgefordert ein Konzept für einen umfassenden, ressortübergreifenden Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Bayern zu erarbeiten und dem Landtag vorzulegen. Hierbei hat jedes Ministerium in seinem Geschäftsbereich eine eingehende Analyse vorzunehmen, auf deren Basis konkrete Maßnahmen für den Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit entwickelt werden.

Begründung:

Der gewaltsame Tod von George Floyd nach einem brutalen Polizeieinsatz in Minneapolis (USA) macht die fortwährende und strukturelle Diskriminierung von Schwarzen und People of Color (PoC) in den USA erneut sichtbar. Der Bayerische Landtag unterstützt das Anliegen und die friedlichen Proteste der #BLACKLIVESMATTER Bewegung in den USA und überall auf der Welt.

Dabei ist offensichtlich, dass strukturelle Benachteiligung, Diskriminierung und Rassismus gegen Schwarze und PoC auch in Deutschland und auch in Bayern existieren. Benachteiligung bei der Ausbildungsplatz- und Arbeitssuche, im Wohnungsbereich und in zahlreichen anderen Situationen des Alltags sind für viele eine oft gemachte bittere Erfahrung, ebenso Abwertung, Ausgrenzung und rassistische Zuschreibungen im öffentlichen Diskurs. Rassistische Muster sind bis in die Mitte unserer Gesellschaft hinein – und auch in staatlichen Institutionen – stark verankert.

Dass es von Worten auch zu Taten kommt, haben uns die rassistisch motivierten rechtsterroristischen Anschläge von Halle und Hanau erst kürzlich erneut vor Augen geführt. Deutschland hat eine lange Geschichte von rechtsterroristischen Anschlägen

vom Oktoberfestattentat in München, den Brandanschlägen in Solingen, Mölln, den NSU-Morden bis zu dem OEZ-Attentat in München. Die Bekämpfung von Rassismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und bedarf auch einer umfassenden Veränderung von Analysefähigkeit, Struktur und Praxis deutscher Sicherheitsbehörden.

Menschen müssen unabhängig von ihrer Hautfarbe, ethnischen oder religiösen Herkunft diskriminierungsfrei leben können. Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeglicher Art sind unerträglich und gefährden den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie müssen deshalb mit allen erforderlichen politischen, zivilgesellschaftlichen, polizeilichen und juristischen Mitteln und Initiativen bekämpft werden.

Unsere bayerische Gesellschaft ist vielfältig und weltoffen. Das ist mehr als ein Bekenntnis, es ist eine Grundüberzeugung, die die Abgeordneten des Bayerischen Landtags in ihrer täglichen politischen Arbeit leitet. Der Landtag fordert die Staatsregierung deshalb auf, einen umfassenden Aktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Bayern zu erarbeiten. Dieser Landesaktionsplan soll im gesellschaftlichen Dialog und gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Vereinen, Verbänden, Beratungsstellen und Fachorganisationen sowie mit wissenschaftlicher Begleitung erarbeitet werden. Dabei müssen bildungs-, gesellschafts-, sozial- sowie innen- und rechtspolitische Aspekte Berücksichtigung finden. Der 'Nationale Aktionsplan gegen Rassismus' der Bundesregierung sowie Initiativen für Landesaktionspläne gegen Rassismus in anderen Bundesländern können dabei Orientierung bieten.